

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Rohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, C. D. Daube,
Invaldenberg. Berlin: Verus, Arnst, Max Gerschmann,
Eberfeld B. Thienes, Greifswald C. Mies, Halle a. S.
Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner,
William Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Sehr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Staatshaushalts-Stat
für 1897—98.

Im Staatshaushaltsetat für 1897/98 sind die Einnahmen des Staates aus 2 046 031 385 Mark, die Ausgaben im Ordinarium auf 1 955 855 029 Mark, im Extraordinarium auf 90 176 356 Mark, veranschlagt. Gegenüber den Berechnungen für das laufende Etatsjahr zeigt, wenn die zur Bilanzierung des Etats angelegte außerordentliche Einnahme von 14 285 612 Mark außer Betracht bleibt, die für 1897/98 angesehte Einnahme ein Mehr von 119 660 078 Mark, die Ausgabe ein Mehr von 105 374 466 Mark, wovon auf das Ordinarium 95 094 688 Mark, auf das Extraordinarium 10 279 778 Mark entfallen. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus einzelnen Einnahmestücken mit zusammen 1 650 142 736 Mark (Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten: 85 130 704 Mark, Finanzministerium 319 469 830 Mark, Handelsministerium 127 193 563 Mark, Ministerium der öffentlichen Arbeiten 1 118 354 639 Mark), aus Dotationen und allgemeiner Finanzverwaltung mit 294 094 990 Mark, aus Staatsverwaltungs-Einnahmen mit 101 793 659 Mark. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus dauernden und einmaligen und außerordentlichen Ausgaben. In dauernden Ausgaben sind ausgeworfen für Betriebs-, Erhebungs- und Verwaltungskosten der einzelnen Einnahmestücke 908 186 287 Mark (Landwirtschaftsministerium 42 109 200 Mark, Finanzministerium 118 600 040 Mark, Handelsministerium 113 049 962 Mark, Ministerium der öffentlichen Arbeiten 634 427 085 Mark), für Dotationen und allgemeine Finanzverwaltung 613 323 577 Mark (282 629 396 Mark + 330 694 181 Mark), für Staatsverwaltungsausgaben 434 345 165 Mark (Staatsministerium 6 742 769 Mark, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 557 300 Mark, Finanzministerium 103 652 784 Mark, Ministerium der öffentlichen Arbeiten 24 623 455 Mark, Handelsministerium 7 722 692 Mark, Justizministerium 97 146 000 Mark, Ministerium des Innern 57 535 810 Mark, Landwirtschaftsministerium 18 697 626 Mark, Kriegsministerium 117 537 417 Mark, Kriegsministerium 135 312 Mark). Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben belaufen sich auf zusammen 90 176 356 Mark (Staatsministerium 67 700 Mark, Finanzministerium 1 577 000 Mark, Ministerium der öffentlichen Arbeiten 66 291 600 Mark, Handelsministerium 1 503 500 Mark, Justizministerium 4 947 840 Mark, Ministerium des Innern 1 163 190 Mark, Landwirtschaftsministerium 6 866 460 Mark, Kriegsministerium 7 719 606 Mark und Kriegsministerium 10 000 Mark).

Im Einzelnen ist zu bemerken: Bei den
kräftigen Vertriebsverordnungen
entfallen von den Wehrüberschüssen 43 419 001
Mark auf die Eisenbahnverwaltung, deren Ein-
nahmen um 88 228 314 Mark höher veranschlagt
sind, während an dauernden Ausgaben 45 569 315
Mark mehr eingestuft sind. Die Wehrüberschüsse
betragen ferner bei der indirecten Steuern
4 025 900 Mark, direkten Steuern 3 521 106
Mark (3 Millionen Einkommensteuern), Berg-,
Hütten- und Salinenverwaltung 2 869 837 Mark,
Forstverwaltung 959 000 Mark, Seehandlung
96 900 Mark. Von den Minderüberschüssen kommt
nur der von 271 380 Mark bei der Domänen-
verwaltung in Betracht (128 540 Mark Minder-
einnahme aus Domänenverpachten). Bei den
Dotationen und der allgemeinen Finanzverwal-
tung ergibt sich zusammen ein Minderbetrag
von 4 920 140 Mark, obwohl bei der allge-
meinen Finanzverwaltung ein Mehrebedarf von
1 243 150 Mark erforderlich ist. Die Deckung
erfolgt hauptsächlich durch den durch die
Konvertirung hervorgerufenen Minderbedarf in
Höhe von 5 217 813 Mark. Bei den eigen-
lichen Staatsverwaltungen ist eine
Mehreinnahme von insgesamt 3 501 135 Mark
vorgesehen. Die dauernden Ausgaben der
eigenlichen Staatsverwaltungen sind insgesamt
um 38 445 368 Mark höher veranschlagt. Zu
dem Etat des Finanzministeriums sind an
Wehrausgaben 25 601 615 Mark vorgesehen,
darunter insbesondere 19 569 295 Mark zur
Aufbesserung der Beamtenbeihilfen, 3 200 000
Mark und 6 000 000 Mark zur weiteren Ver-
stärkung des Zivilbeamtenpensionsfonds und des
Fonds zu geschiedenen Witwen- und Waisen-
geldern. Bei der allgemeinen Bauverwaltung
erhöht sich die dauernde Ausgabe um 575 022
Mark; insbesondere sind vorgesehen 232 906
Mark und 161 000 Mark zur Verstärkung der
Fonds zur Unterhaltung der Seepfäh-
len und der Anknüpfen. Bei der Verwaltung
für Handel und Gewerbe ist eine dauernde Aus-
gabe von 503 393 Mark veranschlagt, darunter
für das gewerbliche Unterrichtswesen 370 460
Mark, welcher letzten Wehrausgabe eine Mehr-
einnahme bei den gewerblichen Unterrichtsstellen
von 148 773 Mark gegenübersteht. In dem
Etat der Zuckerverwaltung ergibt sich eine Er-
höhung des Ausgabebedarfs um 1 494 000 Mark.
Dabon entfallen auf die Oberlandesgerichte
52 637 Mark, auf die Landes- und Amtsgerichte
1 019 166 Mark, auf die besonderen Gefängnisse
259 394 Mark. In neuen Stellen sind bei den
Oberlandesgerichten und den Landes- und Amts-
gerichten 46 für Richter und 13 für Staats-
anwälte vorgesehen. Bei der Verwaltung des
Innern ist eine Wehrausgabe von 1 321 161
Mark veranschlagt. Darunter befinden sich
40 750 Mark für das Obergerichtsverwaltungs-
gericht, 453 788 Mark für die landrätlichen Behörden
und Vemter, 301 877 Mark bzw. 360 398 Mark
für die Polizeiverwaltung in Berlin und in
den Provinzen, 198 577 Mark für die Gendarmarie.
Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung sind
Wehrausgaben in Höhe von 337 029 Mark vor-
gesehen. Bei der Verwaltung im Reichs-
schulministerium sind Wehrausgaben von ins-
gesamt 8 054 510 Mark veranschlagt. Dabon
entfallen 146 813 Mark auf Universitäten, 226 587
Mark auf höhere Lehranstalten, 7 522 809 Mark
auf das Elementarunterrichtswesen. (Hierbei
beizubehalten). Von den einmaligen und
Vertriebsverordnungen 51 967 000 Mark, darunter
1 000 000 Mark auf die Eisenbahnverwaltung,
4 000 000 Mark auf die Dotationen, 37 209 356
Mark auf die eigentlichen Staatsverwaltungen.
Dem Staatshaushaltsetat ist der Etat der per-

sonlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben der preussischen Zentralgenossenschaftskasse beigegeben, der mit 125 000 Mark abschließt.

Aus dem Reiche.

Brinz Friedrich Leopold ist gestern früh in Vertretung des Kaisers zur Beisetzung des **Prinzen Heinrich XII. Ruß** nach Stonsdorf abgereist. In seiner Begleitung befanden sich der Generalmajor **J. D.** und Hofmarschall von **Nisch-Moseneck** und der persönliche Adjutant Major von **Krosigk**. — **Finanzminister Dr. Miquel** hat sich gestern Abend nach Schlesien begeben, um dort heute der Beerdigung seines im zweiten Lebensjahre verstorbenen Kindes, Sohnes seiner mit dem Rittergutsbesitzer von Scheibitz vermählten Tochter Johanna, beizuwohnen. — Der Staatssekretär des Innenwärtigen Amtes, **Freiherr von Marschall**, hat gestern sich nach Luccarno mit sechszehntägigem Urlaube begeben. Während der Abwesenheit desselben ist mit seiner Vertretung der Unterstaatssekretär, **Herrliche Geheimrath Rath Freiherr von Notenhahn** betraut. — Der zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Marokko ernannte **Freiherr Schenk zu Schweinsberg** steht im 51. Lebensjahre. Er war von 1876 bis 1880 Legationssekretär in Peking, ging dann als Ministerresident nach Sülle, wurde 1886 als Gesandter nach Teheran versetzt und veranfaßt im Juli 1893 diese Stellung mit der in Peking, wo er der Nachfolger des Herrn von Brandt wurde. Von Peking geht er jetzt nach Marokko. — Im kaiserlichen Gesundheitsamt tagte am 4. und 5. d. M. eine Kommission zur Berathung über die **Ausrüstung der Kauffahrtschiffe mit Hülfsmitteln zur Kranzempfege**. Sie bestand aus Schiffbauinspektoren, Medizinalbeamten und Aerzten. Als pharmazeutische Mitglieder gehörten ihr der Medizinalassessor **Dr. Schacht-Berlin** und der Apotheker **Unger-Domburg** an. Wie die „Pharmaz. Ztg.“ mittheilt, handelte es sich bei dieser Berathung um die Durchfuhr und Neuherausgabe der „Anleitung zur Gesundheitspflege an Bord von Kauffahrtschiffen“, die das kaiserliche Gesundheitsamt auf Veranlassung des Staatssekretärs des Innern im Jahre 1888 bearbeitet und dem Buchhandel übergeben hat. — Vom Beschluß der Berlin-Brandenburger Aerztekammer vom 7. November v. J. hat deren Vorstand in Sachen des **Gefahrenwurfs über die ärztliche Grengerechtsbarkeit** eine Eingabe an den Kultusminister gerichtet. Es heißt darin, daß die Aerztekammer mit überwiegender Majorität die Wüchsig der Staatsregierung, durch sie zu erlassenden Gesetzen der kaiserlichen Gesundheits-

mangel hat mit der Zeit zu so erheblichen Mißständen geführt, daß eine Abhilfe nicht länger zu verschiden ist. Schon in der Denkschrift vom 22. Februar 1882 sind die Bedürfnisse der Kunstsammlungen, mit Einschluß der National-Gallerie, eingehend dargelegt worden. Die Anerkennung derselben führte damals zur Verlegung des festlichen Hofparks, um die Museumsinsel für die Errichtung neuer Sammlungsgebäude frei zu machen. Durch den Staatshausaltatz für 1884—85 wurden die Mittel für Vorarbeiten zu den erforderlichen Erweiterungen bewilligt. Sodann wurde in dem Entwurf zum Staatshausaltatz für 1894—95 die Bewilligung einer ersten Rate zum Neubau eines Stenographenbaues vorgeschlagen, welcher die Verlegung des Haupttheatersamt für inländische Gegenstände von der Museumsinsel ermöglichen und dadurch für ein großes Museumsgebäude südlich der Stadtbahn Platz schaffen sollte. Dieser Vorschlag hat jedoch die Zustimmung der Landesvertretung nicht gefunden. Gegenwärtig wird beabsichtigt, von dieser Verlegung bis auf Weiteres abzuhehen und vorläufig ohne Einschluß in die vorhandenen Gebäude der Stenographenbau die dringenden Bauten auszuführen. Es wird vorgeschlagen, zur Aufstellung von perennierenden Alterthümern südlich der Stadtbahn nach Osten zu mir einen kleinen Bau, dagegen nördlich derselben ein Museum, welches die Gemäldegalerie, die Bildnisse des Königs in Zeitkleidern und das Kupferstichkabinett aufnehmen soll, zu erbauen, die ängstlich nördlich. Es beabsichtigt, auf der Insel aber für das Denkmal frei zu lassen, das Kaiser, Majestät der Kaiser und König dem verstorbenen Kaiser und König Friedrich an die Stelle zu errichten beabsichtigen. Die Kosten sind für das kleinere Gebäude auf 850 000 Mark, für das andere auf 5 Millionen veranschlagt.

Berlin, 9. Januar. Die Geschäftsdispositionen im Abgeordnetenhaus gehen zunächst dahin, in der kommenden Woche zuerst die zweite Beratung des Lehrerdotationsgesetzes vorzunehmen, darauf anzuschließen die zweite Beratung des Automatengesetzes und erst hierauf die erste Beratung des Staats folgen zu lassen. Die letztere würde deshalb erst gegen Ende der kommenden Woche beginnen. An die erste Beratung des Staats würde sich dann anschließen die erste Beratung des Gesetzes über die Nichtigkeitsklagen.

— Gegenüber einer Meinung, daß die Verhandlungen über die Exportquoten zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich scheitern könnten, schreibt das Wiener offiziöse „Fremdenblatt“: Die Verhandlungen Oesterreichs mit Frankreich seien keineswegs als gescheitert zu betrachten. Die französische Regierung erklärte auf Anfrage Oesterreichs ihre Geneigtheit, eine in Paris oder anderwärts abzuhaltende Ausführungsprämien-Konferenz zu beistehen; ebenso habe die französische Regierung geneigentlich ihre Geneigtheit zur Aufhebung der Prämien ausgesprochen. Eine formelle Antwort sei jedoch bis zur Entscheidung der Exportzollerreform verschoben worden. Das sind vorläufig nur Worte. Frankreich will seine bisherigen Produktionsprämien beibehalten und nur eventuell die neuen Ausführungsprämien preissenken, die es neu einführen im Begriff ist. Zweifelhaft ist auch, wie weit man Oesterreich-Ungarn in dem Verzicht auf Prämien zu geben gewillt ist.

— Aus dem Bestreben, die bei der Berufs- und Gewerbeabzählung am 14. Juni 1895 gewonnenen Unterlagen nach allen wichtigen Gesichtspunkten hin auszunutzen, ist eine nach den vorliegenden der Sachverftändigen; vom Bundesstatistische vorgeschriebene berufsstatistische Tabelle hergegangen, welche die nach Besitz und Gewerbetätigkeit Selbstständigen zur Darstellung bringt und zeigt, wie weit diese soziale Verhältnisse sich ausdehnt durch die nichtmwerbenden und durch die im Betriebe ihres Familienhauptes tätigen Angehörigen, soweit diese in Haushalte des Betriebsunternehmers wohnen. Das allgemeine Ergebnis dieser Tabelle ist: Die Statistik über die Ausdehnung gewisser Bevölkerungsklassen, z. B. der groß-, mittel- und kleingewerblichen, der groß-, mittel- und kleingewerblichen, soweit die Betriebsgröße dafür ein Merkmal ist. So finden wir nach der „Stat. Anz.“ von den 1359 330 im Hauptberuf selbstständigen Landwirthen in der Größenklasse von 100 und mehr Hektar 25 035 (1.84 p. H.), in der von 50 bis 100 Hektar 50 094 (3.68 p. H.), in der von 10 bis 50 Hektar 385 197 (28.34 p. H.), in der von 10 bis 5 Hektar 280 785 (20.66 p. H.), in der von 5 bis 2 Hektar 334 241 (24.59 p. H.), unter 2 Hektar 283 918 (20.89 p. H.). In diesen 1359 330 selbstständigen Landwirthen finden 4 460 223 im Haushalt lebende Familienangehörige, von denen 901 081 mit ihrem Hauptberuf und 136 345 mit ihrem Nebenberuf im Betriebe des Familienhauptes erwerbend tätig, die übrigen lediglich zu ernähren waren. Abgesehen von den landwirtschaftlichen Knechten, Lägern, Tagelöhnern und häuslichen Diensten, sind also 551 953 Personen in Betrieben der eigentlichen Familieninteresse hauptsächlich der Landwirtschaft gebunden, eine Mindestzahl, in der die außerhalb der Familie lebenden in der Berufsausbildung begriffenen u. s. w. Angehörigen noch nicht mit enthalten sind. In der Industrie und im Gewerbe begannen wir mit 3 580 Selbstständigen, die hauptsächlich für eine Rechnung arbeiten, daneben noch 150 172 selbstständigen Hausindustriellen; dazu können wir 28 572 in der Züchterei, Tierzucht und fischerei selbstständig Tätige gerechnet werden; sie zusammen haben 2 498 668 im Haushalte lebende Familienangehörige, miterwerbende und ernährnde (nämlich 2 189 935 + 228 591 80 092). An Selbstständigen und Familienangehörigen, ohne alles Beamten-, Rechnungs- und Arbeiterpersonal, sowie häusliche Diensten, stehen daher im Ganzen 3 650 992 Personen in unmittelbarer und engerer hauptberuflicher Beziehung zu dem Scheitern von Industrie und Gewerbe, ebenfalls eine Mindestzahl, welche außerhalb der Familie lebenden (in der Berufsausbildung begriffenen u. s. w.) Angehörigen mit umfasst. Von diesen hauptsächlich selbstständigen entfallen in eine Betriebsgrößenklasse von 5—2 Personen 323 603 Selbstständige mit 975 952 Familienangehörigen, in die Betriebsgrößenklasse von 1 Person 574 395 Selbstständige mit 954 032 Familienangehörigen, d. h. 98 und 49.26 vom Hundert der Gesamtzahl.

Der Bevölkerungszicht nach bildet also das
Unternehmertum der Großindustrie Preußens
nur einen kleinen Bruchtheil der hier dargestellten
gewerblichen Bevölkerung, und — im Gegensatz
zur Landwirthschaft — sind auch die Schichten
der gewerblichen Mittelbetriehe nur schwach vertre-
ten. Der Menge der Personen nach hat der
kleine Handwerker als selbstständiger Unternehmer
in unserem Gewerbe noch eine so ungemein große
Verbreitung, daß das Handwerk doch noch seinen
goldenen Boden haben muß.

Königsberg d. Pr., 8. Januar. Gestern
in Königsberg die Materordnung für die
Foursmaßer an der Königsberger Börse amtlich
veröffentlicht worden. Dazu bemerkt die Königs-
berger Gart. Ztg.: „Diese Materordnung nimmt
wiederholt auf den Vörsenvorstand und die Vörsen-
ordnung Bezug. Nun ist aber die Vörsenord-
nung für die Königsberger Börse noch immer
nicht amtlich veröffentlicht worden. Bis dahin
kann u. G. also auch die Materordnung nicht
in Kraft treten.

Neustadt a. d. Haardt, 8. Januar. Der
 hiesige Landtagsabgeordnete für Neustadt (Wfalz),
 Bürgermeister Müller, hat sich in Amster-
 dam (nach anderen Meldungen in Antwerpen)
 erschossen. Als Beweggrund wird der für ihn
 unglückliche Ausgang eines seit mehreren Jahren
 gegen ihn wegen Urkundenfälschung schwebenden
 Prozesses angenommen.

England.

Die haubtmännlichen Reden englischer Minister
heinen wieder zu beginnen, obwohl wir nicht
ertheilen können, daß Lord Salisbury seinen für
die internationalen Verbindungen nicht verant-
wortlichen Kollegen gestattet kann, ihn zu kom-
promittiren. Es hat den Anschein, daß dem
kommenden Rhodes in England von Amtswegen
Kampfsportarten gebaut werden sollen, auf Kosten
der Interessen Englands im Orient. Der Schäs-
spieler Balfour erklärte am Donnerstag Abend
in einem Festmah in Bristol, die politische Lage
Südafrika bedurfe eine wesentliche Besserung;
er begründete Hoffnung vorhanden, daß mit
Vorsicht, Vorsicht und vernünftiger Rücksicht auf
die Wünsche Anderer Abmachungen getroffen
werden könnten, die den großen Zweck sichern
würden, beide europäischen Maffen in Südafrika
mit einander zu verschmelzen zum Wohl des
gesammten Landes, zur Aufrechterhaltung des Ueber-
wiegens des Britenreiches in diesem Welttheile,
öffentlich für immerdar. Als Ergebnis des
aufstehenden Finanzjahres erwarte er einen an-
sehnlichen Ueberschuß, der theilweise dazu ver-
wendet werden würde, die britischen Kohlen-
transportationen in besseren Vertheilungszustand zu
setzen. England müsse sein maritimes Ueber-
wieg nicht behaupten; seine Freihandelspolitik
müsse es, unausgesezt neue Märkte in un-
politischen Ländern zu finden. Die Durchführung
solcher Politik erheische natürlich größere
Ausgaben, nicht nur für die Marine, sondern
auch für andere Dinge.

In der demokratischen Republik ist man auf Alles vorbereitet. Man kennt die Energie des alten Präsidenten Krüger und trotzdem ist er der Moderne noch im Rathe. Nach einer der Beschl. Jg. gestern zugegangenen Depesche aus London steht die Forderung des Schadenersatzes im Spruch des Transvaal unmittelbar bevor. Krüger habe trotz aller Herausforderung versagt, die Summe möglichst niedrig zu halten, während seine Umgebung für eine möglichst hohe Forderung war.

Die Lage in Ostindien ist so schlimm, als denkbar. Pest, Hungersnoth, Stillstand der Wirtschaft, Kland aller Regierungen dort. Nach „Times of India“ hat sich seit dem Ausbruch der Pest und der dadurch hervorgerufenen Abwanderung der Bewohner die Bevölkerung um etwa ein Drittel vermindert. Die Sterblichkeit beträgt nach demselben Blatte 200 pro Tausend und Woche; in dem Eingeborenentheil steht das Geschlecht zum großen Theil, und die Anzahl der geschlossenen Läden verleiht die der offenen. — Das sind furchtbaren und die viel gerühmte Energie und neuerdings betonte Tapferkeit der Engländer finden hier die beste Gelegenheit, sich im neuen Land zu beschäftigen. Aber spät, zögernd, und auf äußeres Drängen hin erst entschlossen, sind sie im Mutterlande, den Schiffsingen in die Entfaltung zu bringen. Gestern erst, und erst gestern des Staatssekretärs für Indien, George Hamilton, genehmigte der Lord Mayor von London die Errichtung eines Hilfskomitees zur Bekämpfung der Hungersnoth in Indien.

Griechenland.
Athen, 8. Januar. Einer der muselman-
 nischen Räuberführer vom vorigen Sonntag ist
 jetzt in Kanea verhaftet. Anzanzig christliche
 Banden unter einem christlichen Offizier sind
 nach Tsalarica geschickt zum Schutze der Be-
 wohner seit dem Abzuge der bewaffneten Truppe.
 Die Konstantin haben nach Konstantinopel ge-
 schickt, die ausgebildete Gendarmeriereform
 müsse unverzüglich in Kraft treten und der
 unamerikanische erkannt werden, sonst könne
 nichts anderes in Kreta vorgenommen und
 die Sicherheit mehr gewährleistet werden.
 Die türkische Besatzung in der Kreta ist
 so weit vertheilt, in denselben Sinne an die
 Fronte. Das kräftige und erfolgreiche Auf-
 treten der griechischen Generalkonfals zur Ver-
 wägung der Lage hat allgemeinen Beifall hervor-
 rufen.

Australien. 7. Januar. (Melbung des
deutschen Bureaus *.) Die Schiffsma-
schinen heute ein, auf sämtlichen Schiffen die
wird wieder anzunehmen, mit Ausnahme der
Hilfe einer Firma, welche sich geweigert hat,
während des Aufenthaltes angenommen
Hilfswerkzeuge zu verlassen. Der Rhederei
er nahm für diese Firma Partei und lehnt
ab, irgend welche Maschinen wieder in
Dienst zu nehmen, falls nicht alle Firmen vom
Gewerkeverein gleich behandelt würden. Der
Stand hat daher wieder begannen.
Die Stadt Port Darwin ist durch einen
kan fast gänzlich gerührt; die telegraphische
Verbindung ist unterbrochen.

Zur Arbeiterbewegung.

neue Lohnbewegung zu beginnen. In erster
Reihe soll es sich um die Erringung der Neun-
stundenarbeit handeln.

Hamburg. 8. Januar. Der anhaltende Frost bei schneidendem Nistwind legt den Ge-
betriebebetrieb im Hafen lahm. Die Eise treibt
stark Eis, die Kanäle sind zugefroren, dabei
wird die Thätigkeit der Eisbrecher durch niedrigen
Wasserstand verhindert. Der Stand der Hafens-
eise ist sonst unverändert; die Räumung des
Hais schreitet fort.

St. Gallen, 8. Januar. In der Schlußkonferenz zwischen dem Verbandssekretär Dr. Courbéd und der Direktion der „Union Suisse“ erwähnte diese ihren Angestellten bedeutende Löhnerhöhungen sowie 25 v. H. Zuschlag auf die Lebensversicherungsgelder des Fahr- und Zugpersonals.

Stettiner Nachrichten.

Stettin. Jannar. Aus dem Staats-
aushaltsschatz dürfen unsere Leser fol-
gende Einzelheiten noch besonders interessieren:
sind 19 569 295 Mark neu eingelegt zu
Dienstaltersverbesserungen für mittlere und
höhere Beamte. Dem letzteren Posten ist eine
zusätzliche Denkschrift gewidmet, in welcher
festgestellt ist, daß die obige Summe gegen-
über dem Etatsentwurf für 1897—98 zahl-
reichen Beförderungen eine Erhöhung um 10,33
Prozent darstellt. Der Denkschrift sind tabella-
rische Nachweisungen beigegeben. Die eine führt
mittlere höheren und mittleren Beamten auf
und giebt über die Einzelgehälter und die auf-
zuhebenden Gehälter klassenweise nach den beab-
tigten Erhöhungen und nach den gegenwärti-
gen Sätzen unter Angabe des Prozentsatzes der
Aufschiebung Auskunft. Die zweite führt die
einzelnen Beamten nach den Kapiteln und Titeln
des Staats auf. Ueber das Prinzip bei der Auf-
hebung heißt es in der Denkschrift: „Bei Auf-
hebung des Befoldungsplans ist davon auszu-
gehen, daß die Beamten ihre gesicherte finan-
zielle Stellung für sich und ihre Familie, sowie
die Ehren des Amtes mit einrechnen müssen auf
die nach der Bedeutung des Amtes abgegrufene
Bemessung ihrer Einnahmen. Der Staat soll dasjenige Gehalt beziehen, welches
im Landesgemessen dasjenige erforderlich ist und
eine angemessene Unterhaltung seiner Familie
und Ausbildung seiner Kinder gestattet. Ueber
diese Grenze hinauszuweisen und einzelnen
Beamten, lediglich um ihre Lage noch günstiger
gestalten oder dadurch ihre Lage zu heben,
Dienstaltersverbesserungen zu gewähren, erachtet
unzulässig.“ Für das Staatsarchiv in
Stettin ist eine neue Vorsteherstelle in Aussicht
genommen. — Die Schließung der südlichen
Fenster in den Oafen von Saßnitz ist
abgeschlossen. — Eine neue Landrichter-
stelle ist bei dem Landgericht in Stettin, eine
neue Amtsrichterstelle bei dem Amts-
gericht in Stettin in Aussicht genommen; in
Stettin und Swinemünde sollen Amts-
richtersgebäude errichtet werden. — Fürs
Dünawesen an der Ostseeleiste sind
1000 Mark mehr ausgelegt. — Bei der
Universität Greifswald ist als neue
Stelle ein Lektor der französischen Sprache vor-
gesehen. — Zur Durchführung des Gesetzes über
die Dienstaltersverbesserungen der Lehrer
und Lehrerinnen an den öffent-
lichen Volksschulen sind 5312 000 Mark
ausgelegt. Der Fonds für Dienstalterszulagen
an Volksschullehrer ist um 140 000 Mark er-
höht. Neu eingestellt sind 300 000 Mark zu
Zuschüssen für Kreisconferenzen für Elementar-
lehrer und Lehrerinnen. Der Pensionsfonds
an Volksschullehrer ist um 1/4 Million Mark
erhöht.

— Der Amtsrichter Dr. Paul in Fiddis-
w ist als Landrichter an das Landgericht in
Graard versetzt.

— An Stelle des ausscheidenden Apothekens
hlers Miller ist der Apothekenbesitzer M i l a r c h
stellvertretendes Mitglied der für die Jahre
97 bis einschließlich 1899 berufenen Prü-
gsbehörde für die Apotheker-Gehülfen-Prü-
gung ernannt.

— Durch kriegsgerichtliches be-
stimmtes Erkenntnis des Königl. Gerichts
II. Armeeplatz ist der Kanonier Josef
Orzen (Jensching) der 7. jagenden Batterie
pommerischen Selbst-Artillerie-Regiments Nr. 2,
18. März 1873 zu Klein-Polewodemel, Kreis
Mitt., geboren, katholisch, Hofgänger, wegen
verurtheilten Diebstahls im 3. Rückfalle zu 2 Jahren
Monaten Zuchthaus, Entfernung aus dem
Reich und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte
auf die Dauer von 3 Jahren verurtheilt.

Es ist wohl keine Beamtenklasse eine
Förderung ihrer Lage mehr zu wünschen, als den
dem Supernumerariat der indirekten
Steuerverwaltung hervorgegangenen
geren Beamten. Kaum zu glauben ist es,
Männer von 28–30 Jahren, die meistens
Abiturientenexamen gemacht haben, zum
Theil Offiziere des Anlaufenlandes
und in der gebildeten Welt ihren Verkehr
finden, den Titel „Steuer-Aufseher“ führen und
Gehalt von 1000–1100 Mark beziehen.
Nach der Beförderung zum Haupt-Steuer-
Assistenten ist die Stellung jener Beamten,
nicht zu reden von dem bürgerlichen Aufgangs-
sal von 1500, deswegen eine recht ungunstige,
aber unter jenen Verhältnissen werden kaum und
unter den jetzigen Verhältnissen mit einem
geringen Altersunterschied. Eine vollständige
Ermennung dieser beiden Beamtenklassen, der
geren Supernumerare und der Militäranwärter,
würde so leicht zu bemerksbarmen sein, da ja in
der Wirklichkeit jetzt schon die schwierigsten Stellen mit
Supernumerar-Assistenten besetzt werden, es also
darauf ankäme, einen Unterchied im Titel,
Gehalt und in der Uniformierung herbeizuführen.
Nichtig wäre es dringend zu wünschen, doch
erfolgter Gehaltsaufbesserung nun endlich
mal mit der in jedem Jahre in Aussicht ge-
setzten Verrückung der Beamten in diesem
Verrückungszweige energisch vorgegangen würde.
Durch könnte die so sehr langsame Be-
förderung wenigstens etwas beschleunigt werden.

— (Personal-Chronik.) Im Landschafts-
departement Anklam ist der bisherige Land-
schafts-Hülfs-Deputirte, Rittergutsbesitzer Spal-
g auf Groß-Mitzow, für den Kreis Grimmen
die fernere Dauer von 6 Jahren wiederge-
wählt worden. — Im Landschafts-Departement

